



FACHAGENTUR  
WINDENERGIE AN LAND

THÜR. LANDTAG POST  
15.08.2023 06:32

21062/2023

Fachagentur Windenergie an Land, Fanny-Zobel-Straße 11, 12435 Berlin

**Den Mitgliedern des  
AfUEN**

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t  
7/2799

zu Drs. 7/8233

Berlin, 14. August 2023

Seite 1/11

**Anhörung zu dem Entwurf des Thüringer Gesetz über die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Gemeinden an Windparks (ThürWindBeteilG), Drucksache 7/8233 vom 22.06.2023**

Sehr geehrte Frau Regierungsdirektorin Leibner, sehr geehrte Damen und Herren,

der Thüringer Landtag, Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz, hat die Fachagentur Windenergie an Land e.V. (FA Wind) in einem Schreiben mit Datum 11. Juli 2023 um Stellungnahme anlässlich einer Anhörung zum Entwurf des Gesetzes über die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Gemeinden an Windparks (ThürWindBeteilG) gebeten. Dieser Bitte kommen wir gerne nach und nehmen zu von den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt, Energie und Naturschutz formulierten Themen und dem vorliegenden Gesetzentwurf Stellung.

Wir bitten jedoch um Verständnis, dass uns eine explizite Beantwortung der 45 formulierten Fragen, ressourcenbedingt leider nicht möglich war. Gleichwohl diente eine Auseinandersetzung mit dem Fragenkatalog der Orientierung, sodass grundlegende Fragen, die sich explizit auf Inhalte des Gesetzes beziehen, mit der nachfolgenden Stellungnahme adressiert werden.

Für eventuelle Nachfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte wenden sie sich gegebenenfalls an Frank Sondershaus (Referent Akzeptanz und Beteiligung, E-Mail: [sondershaus\(at\)fa-wind.de](mailto:sondershaus(at)fa-wind.de), Tel.: 030 64 494 60-65), oder Kathrina Baur (Rechtsreferentin, E-Mail: [baur\(at\)fa-wind.de](mailto:baur(at)fa-wind.de), Tel.: 030 64 494 60-68)

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführerin

## 1. Zusammenfassende Bewertung

Trotz inhaltlicher Unschärfen, erscheint eine Umsetzung der im Gesetz vorgesehenen verpflichtenden Umsetzung des § 6 Abs. Nr. 1 EEG 2023 verknüpft mit einer individuellen Teilhabe über eine jährliche individuelle Strompreiserlösgutschrift, durchaus zielführend. Eine solche Beteiligung kann den Gesetzeszweck – die Verbesserung der Akzeptanz vor Ort – erfüllen. Wenn die Strompreiserlösgutschrift für Individuen angemessen gestaltet wird, kann sie grundsätzlich einen Mechanismus darstellen, mit dem der Strompreis sozial gerecht abgesenkt wird, ohne hohe Stromverbräuche zu belohnen.

Von den Beteiligungsoptionen in §§ 6 – 8 sollte hingegen abgesehen werden. Sie scheinen den Normzweck nicht nur zu verfehlen, sondern sogar zu konterkarieren. Diesbezüglich möchten wir auch besonders darauf aufmerksam machen, dass bei Auswahl und Durchführung der Beteiligungsinstrumente aus §§ 7 und 8 die Verwirklichung unterschiedlicher Straftatbestände im Amt möglich erscheinen.

Die Erfahrungen der FA Wind mit § 6 EEG zeigen: Die Umsetzung eines Beteiligungsgesetzes bedarf intensiver rechtlicher, administrativer und kommunikativer Begleitung (z.B. Musterverträge, Beratung für Projektentwickler und Kommunen). Denn um im Sinne der Akzeptanz positiv zu wirken, sollte das Gesetz in der Umsetzung funktionieren und vor Ort positiv wahrgenommen werden. Der dadurch entstehende zusätzliche Aufwand darf nicht unterschätzt werden. Entsprechend dem entstehenden Mehraufwand, sollte auch die Arbeit der Servicestelle Wind der ThEGA ausgebaut und mit zusätzlichen Ressourcen unterstützt werden.

Grundsätzlich wird die Gesetzesinitiative für eine gesetzlich verpflichtende finanzielle Teilhabe begrüßt. Diese Einschätzung begründet sich in unterschiedlichen Umsetzungsproblemen, die die freiwillige Lösung im EEG mit sich bringt und mit denen die FA Wind aufgrund ihres Mustervertrags zur Umsetzung des § 6 Abs. 1 Nr. 1 EEG 2023 regelmäßig konfrontiert wird.

Solange auf Bundesebene keine verpflichtende Regelung existiert, erscheint es daher nachvollziehbar und gemäß § 22b Abs. 6 EEG 2023 auch legitim, dass die Länder die bestehenden Spielräume nutzen, um derartige Regelungen einzuführen. Gleichzeitig sollte aufgrund einer guten Praktikabilität und Verständlichkeit, eine zu große Heterogenität der unterschiedlichen Landesregelungen vermieden werden. Vor diesem Hintergrund wäre eine konzeptionelle Abstimmung zwischen den Bundesländern mit entsprechenden Gesetzesinitiativen, zumindest hinsichtlich einheitlicher instrumenteller Varianten, ratsam. Dies könnte bspw. im Rahmen der kommenden Energieministerkonferenz stattfinden.

Der Gesetzentwurf geht über die kommunale Beteiligung nach § 6 EEG 2023 hinaus. Er sieht verschiedene Instrumente und Mechanismen zur Teilhabe von natürlichen Personen, aber auch von Unternehmen und exklusive Teilhabeoptionen für die Standortgemeinde vor. Die einzelnen Instrumente werden von uns unterschiedlich, nicht gleichermaßen zielführend und in ihrer Umsetzung als sehr komplex bewertet. Teilweise sehen wir sogar Probleme in Bezug auf die Erreichung des Normzwecks.

## 2. Vorbemerkung

### 2.1 Zu Wertschöpfungspotentialen und gesetzlicher finanzieller Teilhabe

Eine substantielle Wertschöpfung durch Windenergie kann zu einer eigenständigen und nachhaltigen Regionalentwicklung in ländlichen Räumen beitragen. Ländliche Räume sind im Zuge von Strukturwandel und Globalisierung besonderen Wandlungsprozessen ausgesetzt. Die Ernte der Windenergie bietet hier nachhaltig nutzbare Wertschöpfungspotentiale. Solange diese nicht, z.B. durch regionale und kommunalisierte Betreiberstrukturen, umfänglich vor Ort abgeschöpft werden können, können auch



Zahlungen über § 6 EEG 2023 oder das ThürWindBeteilG dazu beitragen, dass die Lebensqualität in ländlichen Räumen steigt, Immobilien an Wert gewinnen und eine eigenständige regionale Entwicklung angereizt wird.

Wesentlich effektiver als gesetzliche Regelungen für Zahlungen an Kommunen wäre es allerdings, die Anlagen durch kommunale Energiegenossenschaften oder Stadtwerke betreiben zu lassen und so die weit umfänglichere Wertschöpfung aus der Stromproduktion selbst vor Ort zu halten. Dazu müssten allerdings erst die Voraussetzungen geschaffen werden, insbesondere dass Kommunen über geeignete Flächen verfügen und als Vorhabenträgerinnen auftreten können. Bislang ist dies in Thüringen kaum der Fall.

## 2.2 Zur Förderung der Akzeptanz

Die wissenschaftlichen Befunde zu Schlüsselfaktoren für die Umsetzung von vor Ort gut akzeptierten Windenergieprojekten sind eindeutig. Im Kern geht es dabei um Vertrauen und Gerechtigkeit. Bei Gerechtigkeit wird zudem unterschieden zwischen Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit<sup>1</sup>.

Der vorliegende Gesetzentwurf adressiert Defizite hinsichtlich der vor Ort wahrgenommenen Verteilungsgerechtigkeit. Bei der Konzeption und Umsetzung von Akzeptanzstrategien ist stets zu berücksichtigen, dass diese in sich konsistent wirken sollten. Auch wenn Einzelfälle und Entscheidungen nicht gänzlich vermieden werden können, sollten Instrumente zur Verbesserung der wahrgenommenen Verteilungsgerechtigkeit nicht ohne Not neuerliche Gerechtigkeitsdebatten nach sich ziehen. Letzteres kann aufgrund der großen Spielräume und Entscheidungsmacht der Standortkommune bei der Auswahl der Teilhabeoptionen (§§ 6 – 8) jedoch der Fall sein. Diese haben teilweise nicht nur Auswirkungen auf die direkte Teilhabe der eigenen Bevölkerung (§ 6), sondern auch auf die der Nachbarkommune sowie deren Bevölkerung (§§ 7 und 8)

Wichtig ist, die Bedarfe und Bedürfnisse der vor Ort lebenden Menschen wahrzunehmen und anzuerkennen. Diese Bedürfnisse müssen ernst genommen und aufgegriffen werden. Mit der Nutzung der Windenergie sind letztlich enorme Wertschöpfungspotentiale und damit Chancen für die Entwicklung ländlicher Räume verknüpft. Wenn diese Möglichkeiten wahrgenommen werden, ist die Windenergie eine Schlüsseltechnologie für eine nachhaltige Förderung und Entwicklung der betroffenen, oftmals peripheren ländlichen Räume.<sup>2</sup> Das schafft Akzeptanz, nicht nur vor Ort. Hierbei können gesetzlich verpflichtende Zahlungen von Anlagenbetreibern an Personen und Kommunen einen Beitrag leisten.

Da die Akzeptanz vor Ort nicht nur von der wahrgenommenen Verteilungsgerechtigkeit, sondern ebenso von Verfahrensgerechtigkeit und Transparenz abhängt, sind neben der finanziellen Teilhabe auch Maßnahmen zu frühzeitiger Information und Beteiligung der Öffentlichkeit notwendig.

Die Servicestelle Windenergie der Thüringer Energie- und Greentech-Agentur (ThEGA) leistet hier bereits seit Jahren herausragende und bundesweit viel beachtete Arbeit. Mit einem ThGemBeteilG werden für die Servicestelle Wind vielfältige neue Aufgaben entstehen, um eine gute Umsetzung des Gesetzes zu ermöglichen. Dazu gehören beispielsweise die vertragliche

---

<sup>1</sup> Vgl. u. a.: FA Wind (2020): [Kompaktwissen: Akzeptanz besser verstehen. Grundlagen | Einflussfaktoren | Handlungsfelder](#); Wüstenhagen et al. (2007): Wüstenhagen, R. Wolsink, M., Bürer, M.J. (2007): [Social Acceptance of renewable energy innovation: An introduction to the concept](#). In: Energy Policy 35 S 2683-2691.

<sup>2</sup> Vgl.: Institut dezentrale Energietechnologien (2016): [Regionale Wertschöpfung in der Windindustrie am Beispiel Nordhessen. Kurzfassung](#).

Umsetzung (Mustervertrag) der einzelnen Beteiligungsinstrumente sowie vielfältige Beratungsleistungen für Projektentwickler und Kommunen. Nach dem Ende der EFRE-Förderung ist es daher nicht nur notwendig den finanziellen Status Quo der Servicestelle Wind der ThEGA über Landesmittel zu erhalten, sondern sogar aufzustocken. Schließlich wird in den kommenden Jahren zudem mit einem zunehmenden Ausbau der Windenergie gerechnet. Dieser bringt dann ohnehin einen absehbaren und sogar erhöhten Beratungsbedarf von Bürgerinnen und Kommunen mit sich.

Aufgrund der Tatsache, dass für alle im Gesetzentwurf vorgesehenen Teilhabevarianten eine vertragliche Fixierung notwendig ist, möchten wir auf den damit verbundenen administrativen Aufwand hinweisen.

### **3. Aussagen zum Gesetzesentwurf**

#### **3.1 Rechtliche Einordnung**

Aufgrund der Regelung des § 22b Abs. 6 EEG 2023 liegen nach unserer Einschätzung keine rechtlichen Bedenken hinsichtlich einer zusätzlichen Landesregelung zur Bürgerbeteiligung und zur Steigerung der Akzeptanz vor. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf den Beschluss des BVerfG vom 23. März 2022 (Aktenzeichen: 1 BvR 1187/17).

Ob auch für die Bundesregelung in § 6 EEG 2023 eine Verpflichtung rechtlich möglich wäre, lässt sich von Seiten der FA Wind nicht abschließend bewerten. Hier bestehen insbesondere finanzverfassungsrechtliche Bedenken. Sollte der Wunsch nach einer verpflichtenden Bundesregelung bestehen, so sollte diesbezüglich ein Rechtsgutachten eingeholt werden und durch die Länder auf eine entsprechende Umgestaltung der EEG-Regelung auf Bundesebene hingewirkt werden.

In Bezug auf die Umsetzung der Beteiligungsmodelle aus § 7 und § 8 des Gesetzentwurfs ist darauf hinzuweisen, dass Straftaten im Sinne der §§ 331 bis 334 Strafgesetzbuch möglich erscheinen (bspw. Vorteilsnahme). Bereits plausibel vorgebrachte Vorwürfe können sich problematisch auf die öffentliche Wahrnehmung auswirken.

#### **3.2 Zum Instrumentarium des ThürWindBeteilG**

##### **3.2.1 Zur Beteiligung von Kommunen, Einwohnerinnen und Einwohner sowie Unternehmen**

Anders als das Instrument des § 6 EEG 2023, adressiert der vorliegende Gesetzentwurf nicht nur Kommunen – nämlich Gemeinden und in gemeindefreien Gebieten Landkreise - als Empfängerinnen der Zahlungen, sondern auch Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen. Dazu eröffnet der Gesetzentwurf zwei weitere Möglichkeiten: eine direkte Stromlieferung an örtlich angesiedelte Gewerbe und Dienstleistungen, Industrie bzw. gemeindliche Einrichtungen sowie die Unterstützung der Errichtung oder Ertüchtigung eines lokalen Wärmenetzes durch jährliche Zahlungen. Diese Möglichkeiten gelten als Alternativen zu jährlichen Strompreiserlösgutschriften oder eines Sparprodukts pro Haushalt.

**Mit dieser Vielfalt an möglichen Beteiligungsinstrumenten gehen jedoch auch eine hohe Komplexität und offene Fragen der konkreten Umsetzung einher.** Bereits dies kann in der für die Akzeptanz entscheidenden öffentlichen Wahrnehmung für Irritationen sorgen. Gleichzeitig sind die wesentlichen Instrumente nicht eindeutig definiert. Unklar ist insbesondere das Wesen und die Art und Weise der Umsetzung der jährlichen Strompreiserlösgutschrift nach § 3 Abs 10; § 4 Abs 3 des Gesetzesentwurfs.



Anders als es der Wortlaut des Gesetzentwurfes nahelegt, sollten diese Gutschriften aus Gerechtigkeitsgründen auf Individuen bezogen ausgegeben werden und nicht pauschal pro Haushalt (wie es für das Sparprodukt formuliert ist). Zudem sollte mit der Umsetzung kein oder nur ein geringfügiger und niederschwelliger Aufwand einhergehen. Die Wirksamkeit der Strompreiserlösgutschrift in der Stromrechnung am Jahresende sollte deutlich sichtbar werden, um wahrnehmbar zu sein. Über eine geeignete Umsetzung kann ggf. eine verbrauchs- und anbieterunabhängige Reduktion des Strompreises erreicht werden. Größere Stromverbräuche werden – anders als bei Modellen vergünstigter Stromtarife – nicht belohnt und die Umsetzung gleichzeitig sozial gerecht gestaltet. Die Stromerlösgutschrift kann damit im Sinne der Akzeptanz vor Ort wirksam umgesetzt werden.

### 3.2.2 Zur Entscheidungsmacht der Standortgemeinde

**Als problematisch bewerten wir zudem, dass die Standortgemeinde über die Teilhabemöglichkeiten der betroffenen Nachbarkommunen entscheiden kann.** Denn sollte sich die Standortgemeinde für Teilhabemodelle nach § 7 oder § 8 entscheiden, würden die betroffenen Nachbargemeinden sogar von der Teilhabe ausgeschlossen werden.<sup>3</sup> Dieser Entscheidungsspielraum der Standortgemeinde birgt Konfliktpotenziale. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass aus Gerechtigkeitsaspekten die betroffenen Gemeinden allesamt gleichbehandelt werden sollten.

Über die gut gemeinte gesetzliche finanzielle Teilhabe kann der Ausbau der Windenergie so zu neuen politischen und sozialen Spannungen führen. Und der Ausbau der Windenergie kann aufgrund der erlebten Differenz zwischen gleichermaßen betroffenen Kommunen als noch ungerechter wahrgenommen werden. Nicht umsonst hat der Bundesgesetzgeber den § 6 EEG 2023 mit der jüngsten Reform so gestaltet, dass, wenn von der Beteiligung Gebrauch gemacht wird, dann auch allen betroffenen Kommunen ein Beteiligungsangebot gemacht werden muss.

Der Wunsch der Nachbargemeinden auf eine Umsetzung der Soll-Vorschrift in § 6 EEG 2023 bleibt dann natürlich bestehen, denn Nachbargemeinden werden sich nicht durch das Wärmenetz in der Standortgemeinde beteiligt sehen. § 6 EEG 2023 darf hingegen nicht selektiv für einzelne Gemeinden umgesetzt werden. Vielmehr müssen, wenn, dann allen Gemeinden im 2,5 km Umkreis gleichermaßen Angebote zur finanziellen Teilhabe unterbreitet werden.

Wenn ein Projektierungsunternehmen § 6 EEG 2023 für die Nachbargemeinden umsetzen wollte, müsste es dies auch der Standortgemeinde anbieten. Da das Projektentwicklungsunternehmen jedoch seiner Pflicht zur Teilhabe nach § 7 ThürWindBeteilG nachgekommen ist bzw. wähnt, besteht die Gefahr, dass dies regelmäßig unterlassen wird.

Damit führt das ThürWindBeteilG den § 6 Abs. 1 Nr. 1 EEG 2023 eben nicht verpflichtend ein, wie es in § 4 Abs. 2 suggeriert wird. Im Gegenteil, es kann mit einem derart gestalteten ThürWindBeteilG erreicht werden, dass eben doch alleine die Standortgemeinde profitiert – und damit die Funktionsweise des § 6 EEG 2023 im Land Thüringen unterminiert wird. Dabei war die EEG-Regelung jüngst aus Akzeptanzgründen mit der Novellierung zum EEG 2023 gerade dahingehend geändert worden, dass eben allen Gemeinden im Umkreis von 2,5 km gleichermaßen ein Angebot unterbreitet werden muss und

---

<sup>3</sup> Wir verstehen den vorliegenden Gesetzentwurf so, dass sich die Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 und § 6 (Lokalstromtarif) sowohl an die Standortgemeinde als auch an die Nachbargemeinden richtet. Die in §§ 7 und 8 festgelegten Beteiligungsmodelle begünstigen jedoch lediglich die Standortgemeinde. Welche der Optionen umgesetzt wird, kann nach § 5 Abs. 1 die Standortgemeinde alleine bestimmen.

keine Gemeinde ausgeschlossen werden kann. Dass Thüringer Standortgemeinden nun die Möglichkeit bekommen soll, diesen Mechanismus des § 6 EEG 2023 auszuschalten, bewerten wir als problematisch.

### **3.2.3 Zu den Teilhabevarianten für Einwohnerinnen und Einwohner**

**Ein grundlegender Unterschied zwischen Sparprodukt und jährlichen Strompreiserlösgutschriften ist, dass sich beim Sparprodukt der Kreis möglicher Empfänger und Empfängerinnen auf tendenziell wohlhabendere Milieus beschränkt.** Denn nur finanzstarke Personen können sich ein Sparprodukt leisten. Damit reduziert sich der Kreis möglicher Adressaten. Das führt dazu, dass die individuelle Teilhabe für diesen kleineren Kreis höher ausfällt als dies bei jährlichen Strompreiserlösgutschriften an alle berechtigten Einwohner und Einwohnerinnen der Fall gewesen wäre. Der wahrgenommenen Verteilungsgerechtigkeit – und damit der Akzeptanz vor Ort – sind derartig exklusive Handlungsoptionen nicht zuträglich und sollten daher grundsätzlich vermieden werden. Gleiches gilt für den Lokalstromtarif gem. § 6. Denn ein lokal begrenztes Kontingent an Stromverträgen begünstigt junge und dynamische Verbrauchende, die eher bereit sind einen Vertragswechsel einzugehen. Auch dieses Instrument ist damit selektiv, adressiert nicht alle gesellschaftlichen Milieus und kann folglich als ungerecht wahrgenommen werden. Unklar ist zudem, was genau ein übliches Strompreisportal ist.

**Kompliziert wird die Situation zudem, wenn mehrere Vorhabenträger Windenergieanlagen in einem Windenergiegebiet umsetzen** und z. B. für zehn Windenergieanlagen vier Vorhabenträger Angebote und Varianten der finanziellen Teilhabe realisieren wollen. In dieser nicht unüblichen Situation kann es schnell zu unübersichtlichen Situationen mit diversen Angeboten für Sparprodukte und Lokalstromtarife kommen. Entsprechend sollte geprüft werden, wie derartige Situationen vermieden werden können – z. B. durch eine Beschränkung der Umsetzungsoptionen – oder wie ggf. eine Bündelung und Abstimmung der Beteiligungsangebote möglichst transparent und unaufwändig geregelt werden kann. Nicht nur in solchen Fällen können Lokalstromtarife und Sparprodukt administrative Aufwände verursachen, die entsprechend geprüft und in der Verhältnismäßigkeit zum absehbaren Nutzen hinsichtlich des Normzwecks reflektiert werden sollten.

**Eine individuelle Teilhabe über Strompreiserlösgutschriften erscheint hingegen als ergänzende Maßnahme zur kommunalen Teilhabe durchaus zielführend,** um auch alle Menschen im Umfeld der Windenergieanlagen gleichermaßen individuell zu adressieren. Bei einkommensschwachen Personen können auch vergleichsweise geringe Strompreiserlösgutschriften einen wahrnehmbaren Unterschied machen. Sie sollten jedoch nicht pauschal pro Haushalt vergeben werden – wie es der Wortlaut des Gesetzes formuliert – sondern individuell pro Einwohner bzw. Einwohnerin, wie es auch der Titel des Gesetzesentwurfs nahelegt. Andernfalls werden z.B. Familien gegenüber Singlehaushalten deutlich benachteiligt. Zudem sollte die Gutschrift nicht auf Sozialleistungen angerechnet werden, um auch in sozial schwachen Milieus umfänglich wirksam zu sein.

Das Gesetz setzt direkte Stromlieferungen an z.B. Gewerbe- und Industriebetriebe gleich mit Maßnahmen zur finanziellen Teilhabe von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Gemeinden. In der Umsetzung ist dies für die Betroffenen vor Ort ggf. nicht nachvollziehbar. Auch wenn die lokale Wirtschaft davon profitiert, bedeutet dies, dass alle potenziell betroffenen Gemeinden sowie Einwohnerinnen und Einwohner letztlich dauerhaft auf eine finanzielle Teilhabe verzichten werden. Diese Variante kann als ungerecht wahrgenommen werden. Ohne eine abschließende rechtliche Prüfung durchgeführt zu haben, sehen wir im Übrigen hier die Gefahr für Vorwürfe der Vorteilsnahme.



### **3.3 Reflexion vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem FA Wind-Mustervertrag zur Umsetzung des § 6 EEG 2023**

Aufgrund unserer Erfahrungen mit dem von uns veröffentlichten Mustervertrag zur Umsetzung von § 6 EEG 2023<sup>4</sup> erscheint es uns wichtig darauf hinzuweisen, dass es möglich ist, Zahlungen nach § 6 EEG 2023 für nicht geförderte Strommengen im Vertrag zwischen Gemeinde und Betreiber auszuschließen. Hierbei sind betriebswirtschaftliche Gründe von Betreiberseite entscheidend, denn Zahlungen für diese Strommengen werden vom Netzbetreiber nicht erstattet und sind folglich für den Betreiber nicht kostenneutral.

Hinsichtlich der Förderung der Akzeptanz vor Ort sehen wir diesen Ausschluss aber teilweise kritisch, denn für die betroffenen Gemeinden bedeutet dies, dass in gewissen Zeiten keine Zuwendungen getätigt werden. Folglich ist nicht absehbar, wann wieviel Zahlungen fließen und eine Planbarkeit im kommunalen Haushalt mit den Zahlungen erscheint schwierig. Zudem fließen insbesondere keine Zahlungen, wenn die Preise an der Strombörse höher sind als die Vergütungshöhe, die der Betreiber in der Ausschreibung für den Strom seiner Anlage garantiert bekommt. Dieser aus Sicht der betroffenen Personen und Kommunen paradox erscheinende Mechanismus kann vor Ort dazu führen, dass Argumentationen gegen Windenergie Auftrieb erhalten. Damit würde die Akzeptanz vor Ort durch die Umsetzung der finanziellen Teilhabe nicht verbessert, sondern sogar verschlechtert.

Insofern stellt sich die Frage, wie der vorliegende Gesetzentwurf mit dieser Möglichkeit des Ausschlusses nicht geförderter Strommengen umgehen kann. Rechtlich können wir nicht abschließend bewerten, ob es landesrechtlich möglich ist, eine Umsetzung des § 6 EEG 2023 für alle Strommengen zu fordern. Diesbezüglich müsste ein Rechtsgutachten eingeholt werden.

### **3.4 Zu Auswirkungen auf die kommunale Flächenausweisung**

Der vorliegende Gesetzentwurf adressiert nach unserer Lesart nicht unmittelbar die kommunale Flächenausweisung. Er steht nach unserer Auffassung damit auch in keinem direkten Zusammenhang.

Im Übrigen wurde durch das Gesetz zur Änderung des LNG-Beschleunigungsgesetzes und zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und zur Änderung des Baugesetzbuchs (kurz: LNG-Änderungsgesetz)<sup>5</sup> eine kommunale Öffnungsklausel (§ 245e Abs. 5 BauGB) eingeführt, die es Kommunen erlaubt, kurzfristig Flächen für Windenergieanlagen auszuweisen; auch wenn sie nicht zuständige Planungsträgerinnen nach § 249 Abs. 5 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 des WindBG sind.

Der Handlungsspielraum für Kommunen wurde somit durch den Bundesgesetzgeber erweitert und es können von ihnen auch dann Flächen für Windenergie ausgewiesen werden, wenn die regionalen Planungen in ihrem Gebiet keine Windenergiegebiete vorsehen. Ob Gemeinden davon in Zukunft mehr Gebrauch machen werden, weil Ihnen zu einem viel späteren Zeitpunkt – nämlich erst bei konkreter Projektumsetzung - eine finanzielle Beteiligung nach dem vorliegenden Gesetzentwurf in Aussicht steht, ist nach unserer Ansicht derzeit nicht absehbar.

---

<sup>4</sup> Der von der FA Wind veröffentlichte Mustervertrag sowie das erläuternde Beiblatt sind [hier](#) zu finden.

<sup>5</sup> Gesetz zur Änderung des LNG-Beschleunigungsgesetzes und zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und zur Änderung des Baugesetzbuchs, Art. 3 Änderung des Baugesetzbuchs, BGBl. 2023 I Nr. 184 vom 14.07.2023.

## 4. Fazit

Grundsätzlich erscheinen möglichst einfache Teilhabemechanismen, die möglichst viele Menschen mit möglichst dauerhaft wahrnehmbaren Effekten adressieren, besonders sinnvoll. Die einzelnen Optionen zur Beteiligung sollten daher grundsätzlich in Ihrem Aufwand bei der Umsetzung und ihrem Effekt auf die positive Wahrnehmung von Windenergieprojekten vor Ort reflektiert und auf das notwendige Maß reduziert werden.

Entsprechend gehen wir davon aus, dass die Beteiligung nach § 4 ThürWindBeteilG mit kommunaler Beteiligung nach § 6 EEG 2023 und der – wenn auch in Wesen und Umsetzung unklarer Strompreiserlösgutschrift am zweckmäßigsten ist, um den Normzweck – die Steigerung der Akzeptanz vor Ort – zu adressieren.

## Anhang

### **Exkurs zur Wirkung des Bürger- und Gemeinden Beteiligungsgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern.**

Ein vergleichbares Gesetz existiert in Deutschland bislang nur in Mecklenburg-Vorpommern. Studienergebnisse, wie sich das mecklenburg-vorpommersche Gesetz auf die Akzeptanz von Windenergieanlagen bzw. Windenergieprojekten vor Ort auswirkt, liegen uns bislang nicht vor. Ein aktuelles Gutachten, das die BTU Cottbus im Auftrag des Freistaates Sachsen erstellt hat, kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass sich die Teilhabe-Gesetze sowohl in Mecklenburg-Vorpommern, als auch in Brandenburg, positiv auf die Akzeptanz von Windenergieprojekten auswirkten, und dadurch auch Konflikte und Beschwerden vor Ort reduziert wurden.<sup>6</sup>

Gleichzeitig ist mit der Umsetzung des mecklenburg-vorpommerschen Gesetzes ein hoher administrativer Aufwand verbunden – sowohl für die öffentliche Verwaltung als auch für projektierende Unternehmen. Als problematisch wird zudem bewertet, dass die Kommunen nicht auf die Variante der Ausgleichzahlung bestehen können, wenn sie nicht selbst investieren können oder wollen. Allerdings wurde über das Gesetz und eine diesbezügliche Ausnahmeregelung die Umsetzung des § 6 EEG quasi verpflichtend eingeführt – zuzüglich einer individuellen Beteiligung, die dem Gesetzeszweck entspricht. Die Umsetzung erfolgt jeweils in Abstimmung mit der Landesenergie- und Klimaschutzagentur Mecklenburg-Vorpommern GmbH (LEKA MV). Die Umsetzung der Ausnahmeregelung muss durch das Ministerium in Einzelfallprüfung gebilligt werden.<sup>7</sup>

Hinweise zur Bewertung des mecklenburg-vorpommerschen Beteiligungsgesetzes liefern auch repräsentative Befragungen und Studien zur Bedeutung von Instrumenten zur finanziellen Beteiligung an Windenergievorhaben.

---

<sup>6</sup> Eichenauer, E. & Gailing, L. (2023): [Prüfung einer Landesregelung zur finanziellen Beteiligung an Windenergieanlagen an Land für den Freistaat Sachsen](#). Cottbus.

<sup>7</sup> ebenda S. 21



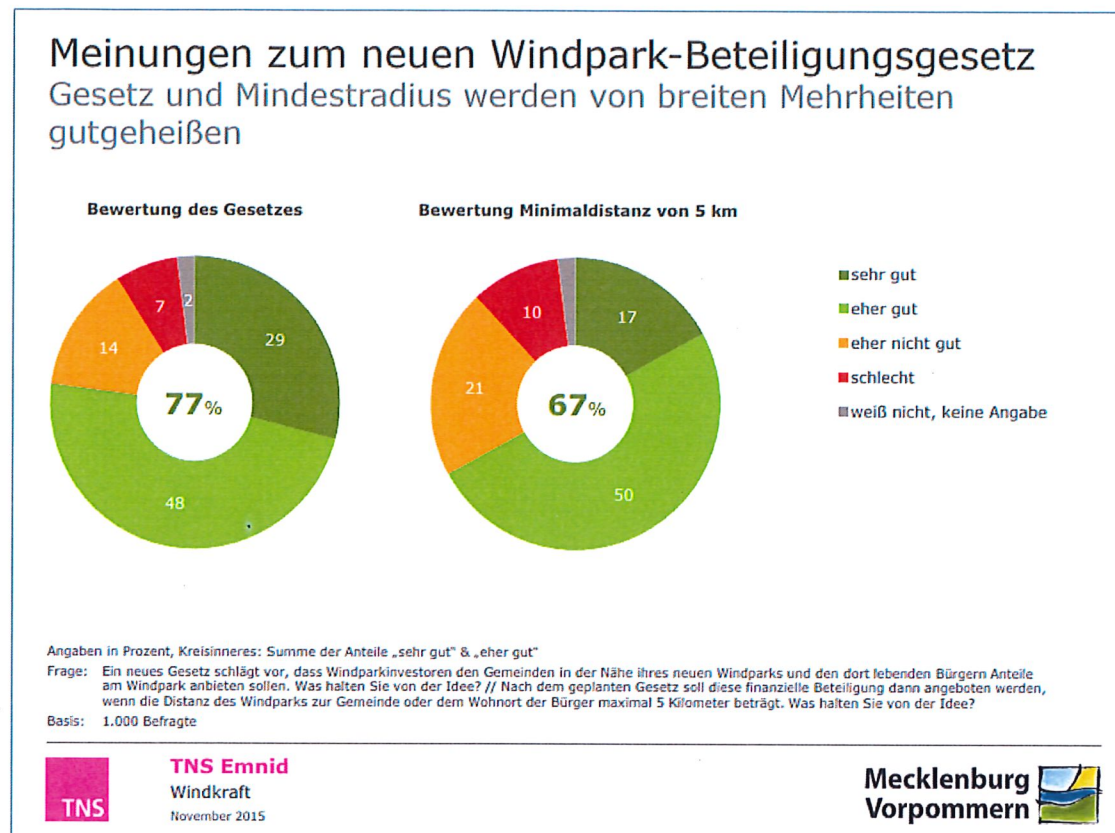


Abbildung 1: Meinungen zum Windpark-Beteiligungsgesetz

Die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz der Windenergie an Land in der Bevölkerung von Mecklenburg-Vorpommern kann auch durch die Diskussionen der vergangenen Jahre um das BüGembeteilG und dessen Umsetzung beeinflusst worden sein. Explizite Rückschlüsse von Akzeptanzbefunden repräsentativer Umfragen auf die Wirkung des Gesetzes sind, aufgrund der von vielfältigen Themen geprägten, heterogenen Diskurse zur Windenergie, jedoch nicht möglich.

Das Gesetzesvorhaben als solches bewerten laut einer im Jahr 2015 durchgeführten repräsentativen Umfrage der Landesregierung 77 % der 1.000 Befragten positiv („sehr gut“ bzw. „eher gut“).<sup>8</sup>

Eine Panel-Studie des Institute For Advanced Sustainability Studies (IASS),<sup>9</sup> deren Ergebnisse bis auf Länderebene veröffentlicht werden, zeigt, dass die Befürwortung der im Rahmen des BüGembeteilG explizit institutionalisierten Optionen in keinem anderen Bundesland so hoch ist wie in Mecklenburg-

<sup>8</sup> Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern / TNS Emnid (2015): Repräsentative Bevölkerungsumfrage in Mecklenburg-Vorpommern zum Thema Windkraft – Grafikreport; [https://www.regierung-mv.de/serviceassistent/\\_php/download.php?datei\\_id=1571711](https://www.regierung-mv.de/serviceassistent/_php/download.php?datei_id=1571711).

<sup>9</sup> Für das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende des IASS wurden in den Jahren 2017, 2018 und 2019 bundesweit jeweils mehr als 6.500 Personen befragt. Im Land Mecklenburg-Vorpommern wurden im Jahr 2019 insgesamt 128 Personen befragt. Bei einer Bevölkerung von 1,6 Mio. resultiert daraus eine statistische Fehlerspanne von 8,5 % bei einem in der Meinungsforschung üblichen Konfidenzniveau von 95 % (das entspricht einer Fehlerspanne von 7,3 % bei einem Konfidenzniveau von 90 %). Entsprechend können die Zahlen lediglich als Indikator verstanden werden, nicht als Belege. Die Ergebnisse waren in einem Onlinetool auch auf Ebene der Länder verfügbar (<https://www.iass-potsdam.de/de/barometer/data-explorer/>). Ergebniskarten lassen sich durch entsprechende Filter darstellen. (Die Daten stehen leider nicht mehr online zur Verfügung, wurden aber als Screenshots dokumentiert; letzter Abruf 25.08.2020).

Vorpommern. Dies gilt sowohl für die Beteiligung von Bürgern (72 %) als auch die umsatzbezogene Beteiligung von Gemeinden (76 %).<sup>10</sup>

### Befragungen zur finanziellen Teilhabe

Bundesebene: In der bundesweiten Akzeptanzumfrage der FA Wind aus dem Jahr 2015 unterstützen 61 % der Befragten eine gesetzliche Verpflichtung für Unternehmen zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Windenergieprojekten voll und ganz (27 %) bzw. eher (34 %).<sup>11</sup> Die FA Wind Umfrage im Jahr 2018 zeigte zudem, dass die im Rahmen des BüGembeteilG möglichen Maßnahmen von einem Großteil der Bevölkerung (84 %) als „besonders gut geeignet“ angesehen werden, um die Akzeptanz für neue Windenergieanlagen zu erhöhen. Dabei schätzten die Befragten insbesondere vergünstigte Strompreise als besonders gut geeignet ein,<sup>12</sup> welche im Rahmen der Freistellungsklausel (§ 10 Abs. 1 BüGembeteilG) neben vielfältigen anderen Optionen möglich sind.

Auch bei der Frage nach der Relevanz unterschiedlicher Akzeptanzaspekte führte in der FA Wind Umfrage im Jahr 2019<sup>13</sup> die Möglichkeit zur finanziellen Teilhabe das Ranking an. Dass die Gemeinde Ein-

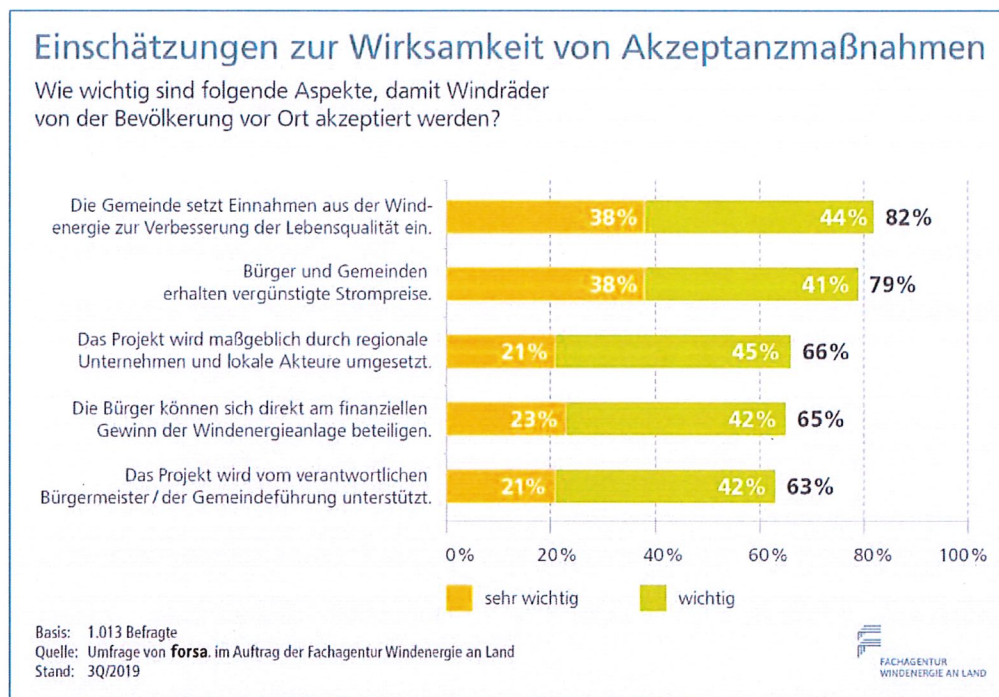


Abbildung 2: Umfrageergebnisse zur Wirksamkeit von Akzeptanzmaßnahmen im Zusammenhang mit Windenergieanlagen; Quelle: FA Wind

<sup>10</sup> Gefragt wurde: „Beim Neubau von Windkraftanlagen sollten ... - den betroffenen Gemeinden und Bürgerinnen durch eigene Investitionen die Möglichkeiten gegeben werden, sich an den Gewinnen von Windanlagen zu beteiligen ... - die Betreiber eine umsatzabhängige Abgabe an die betroffenen Gemeinden entrichten“. Die Zustimmung zur letztgenannten Maßnahme lag jedoch in Brandenburg, wo im Juni 2019 ein entsprechendes Windenergieanlagenabgabegesetz (BbgWindAbgG) verabschiedet wurde, höher als in Mecklenburg-Vorpommern.

<sup>11</sup> FA Wind (2015), Umfrage zur Akzeptanz der Windenergie an Land; [https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/FA\\_Wind\\_Umfrageergebnisse\\_Herbst2015.pdf](https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/FA_Wind_Umfrageergebnisse_Herbst2015.pdf).

<sup>12</sup> FA Wind (2018), Umfrage zur Akzeptanz der Windenergie an Land; [https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/FA\\_Wind\\_Umfrageergebnisse\\_Herbst\\_2018.pdf](https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/FA_Wind_Umfrageergebnisse_Herbst_2018.pdf).

<sup>13</sup> FA Wind (2019), Umfrage zur Akzeptanz der Windenergie an Land; [https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/FA\\_Wind\\_Umfrageergebnisse\\_2019.pdf](https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/FA_Wind_Umfrageergebnisse_2019.pdf).



nahmen aus der Windenergie zur Verbesserung der Lebensqualität einsetzt, schneidet hierbei am besten ab und wird von 82 % der Befragten als für die Akzeptanz vor Ort (sehr) wichtig befunden. Für vergünstigte Strompreise für die Menschen vor Ort sprachen sich 79 % der Befragten aus (Abbildung 1). Dieses Bild bestätigte sich auch in den Folgejahren. Die meisten Befragten ohne Windenergieanlagen in ihrem direkten Wohnumfeld würden gegebenenfalls eine finanzielle Teilhabe der Kommunen am wichtigsten erachten (81 %), gefolgt von günstigeren Strompreisen (78 %). Investitionsmöglichkeiten in WEA Projekte erhalten hier weit geringere Werte (39 %).<sup>14</sup> Bei der Wahl der Mittel sollte jedoch berücksichtigt werden, dass eine kollektive Teilhabe, z.B. der Kommunen, in ihrer Wirkung auf die Akzeptanz vor Ort signifikant besser geeignet erscheint, als individuelle Teilhabeoptionen.

---

<sup>14</sup> FA Wind (2022), Umfrage zur Akzeptanz der Windenergie an Land [https://fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/Akzeptanz/FA\\_Wind\\_Umfrageergebnisse\\_Herbst\\_2022.pdf](https://fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/Akzeptanz/FA_Wind_Umfrageergebnisse_Herbst_2022.pdf)